

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 34 (1954-1955)
Heft: 8

Artikel: Zwei Aspekte des schwedischen Sozialismus
Autor: Soloveytchik, George
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-160333>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

eines Institutes zu sichern: Durch die weitgehende Streuung des Aktienbesitzes eines solchen Institutes. Ich glaube, daß es notwendig ist — und das wäre eine Aufgabe gerade der privaten Banken —, bei der Schaffung einer glücklicheren Zukunft dafür zu sorgen, daß ein möglichst großer Kreis von an der Kapitalbildung und Kapitalerhaltung interessierten Menschen auch Eigentümer jener Institute sind, zu denen nicht zuletzt die Banken gehören, die für den wirtschaftlichen Bestand, die Freiheit und die Zukunft Europas eintreten.

ZWEI ASPEKTE DES SCHWEDISCHEN SOZIALISMUS

VON GEORGE SOLOVEYCHIK

Unter allen frei gewählten demokratischen Regierungen Westeuropas halten die schwedischen Sozialisten eine Art Rekord. Mit Ausnahme eines dreimonatigen Unterbruchs im Jahre 1936 sind sie seit 1932 ununterbrochen an der Macht. Sie sind also seit zweiundzwanzig Jahren im Amt, sei es als Minderheitsregierung, oder als erster Teilhaber in aufeinanderfolgenden Koalitionsregierungen, oder für kurze Zeit als Mehrheitsregierung. Gegenwärtig regieren sie zusammen mit der Bauernpartei — eine unnatürliche «rot-grüne» Verbindung, die auf gegenseitiger Unterstützung, hauptsächlich auf Kosten des Steuerzahlers und des Konsumenten, beruht.

Bei den letzten Parlamentswahlen im Herbst 1952 zeigte das schwedische Volk deutlich seine Verärgerung über die Lage. Sozialisten sowohl als Bauern erlitten schwere Verluste, während die Liberalen und Konservativen beträchtlichen Stimmenzuwachs erhielten. Trotzdem bleiben die Sozialisten im Parlament die größte Partei. Von allen in den letzten sechs allgemeinen Wahlen abgegebenen Stimmen erhielten sie zwischen 40% und 54% (im Jahre 1940); somit bleibt die Zahl der für sie abgegebenen Stimmen ungefähr gleich jener der drei nichtmarxistischen Parteien zusammen, während die kleine kommunistische Partei ein ständiger Dorn in ihrem Fleisch ist.

Die bisherigen Leistungen der schwedischen Sozialisten müssen unter Berücksichtigung ihrer bemerkenswerten parlamentarischen Erfolge und ihrer Wahlerfolge beurteilt werden; zweiundzwanzig Jahre sind eine genügend lange Zeitspanne, um gewisse Schlußfolgerungen zu gestatten. Es ist natürlich nicht der Zweck dieses Artikels, eine vollständige Bilanz der sozialistischen Herrschaft in

Schweden aufzustellen, sondern lediglich zwei sehr bedeutende Auswirkungen dieser Herrschaft näher zu betrachten, zwei Punkte, die auch in nicht von Sozialisten regierten Staaten ständig diskutiert werden, nämlich einerseits die Verstaatlichungstendenz oder die Staatskontrolle, und andererseits die soziale Wohlfahrt.

Es ist sicher erstaunlich, daß die schwedischen Sozialisten in dieser langen Periode nichts verstaatlicht haben. In den ersten Nachkriegsjahren wurde zwar ernstlich erwogen, das Versicherungswesen, den Import und die Verteilung des Benzins und ausgerechnet die Schuhfabrikation zu verstaatlichen. Alle diese Pläne wurden jedoch fallen gelassen, wobei die Genossenschaftsbewegung bei der Bekämpfung der verschiedenen Projekte zur Erweiterung der staatlichen Eigentumsrechte eine besonders aktive Rolle spielte.

Die Erfahrungen in einigen anderen Ländern beweisen, daß Kontrolle und Eigentumsrecht nicht notwendigerweise miteinander verbunden sein müssen. In Italien zum Beispiel ist der Staat Eigentümer aller Banken und der meisten Schwerindustrien. Er läßt sie aber nach eigenem Gutdünken schalten und walten und mischt sich nicht ein. In der Schweiz erstrecken sich die Eigentumsrechte des Staates über viel weitere Gebiete als man sich im allgemeinen vergegenwärtigt, bedeuten doch zum Beispiel die Kantonalbanken einen sehr wesentlichen Sektor in der staatseigenen Wirtschaft. Nicht nur wird diesen Banken gestattet, in vollständiger Freiheit zu operieren, sondern tatsächlich sind sie es, die — weit entfernt von einer Beeinflussung seitens ihrer kantonalen Regierung — sowohl auf die kantonale, als auch auf die Bundesregierung einen mächtigen Einfluß ausüben. In Schweden ist es genau umgekehrt. Der Staat mischt sich fortwährend und äußerst aktiv ins Wirtschaftsleben ein. Und doch gehört ihm sehr wenig zu Eigentum. Es ist eine interessante Tatsache, daß das heutige Staatseigentum zeitlich weit zurückreicht und eher die Folge gewisser historischer und geographischer Umstände ist als irgendwelcher neuerer Neigungen zur Sozialisierung und Verstaatlichung.

Die zentrale Notenbank zum Beispiel, *Sveriges Riksbank*, die den Anspruch erhebt, die älteste Zentralbank der Welt zu sein (sie wurde im Jahre 1688 gegründet), war von jeher Staatseigentum, unter Kontrolle des Parlaments. Als der Eisenbahnbau vor fast hundert Jahren begann, übernahm der Staat die Verantwortung für die Hauptverbindungslinien, während die Nebenlinien vom privaten Unternehmertum gelegt wurden. Seither hat er auch die meisten Nebenlinien erworben. Ihm gehören heute ca. 90% des gesamten Eisenbahnnetzes, und es besteht wenig Zweifel, daß er zur gegebenen Zeit auch noch die restlichen 10% übernehmen wird. Dagegen zeigt der Staat nur ein sehr bescheidenes Interesse für andere Transportarten.

Die Handelsmarine ist zu 99% Privateigentum, und der Lastwagenverkehr liegt zu 60% in privaten Händen.

Ebenso geben historische Überlegungen eine Erklärung für die Tatsache, daß 25% der Wälder des Landes heute der nationalen und den Provinzregierungen gehören. Der größte Teil dieser Besitzungen gehörte früher der Kirche und ging allmählich nach der Reformation ins Eigentum der Regierung über; oder dann handelt es sich um früheres Krongut, das vom Staat übernommen wurde. Nicht weniger als 75% aller Wälder sind Eigentum von Privatpersonen oder Korporationen, wobei die Privatpersonen doppelt soviel besitzen als die Gesellschaften. Die Hauptinteressen der Regierung im Gebiete des Bergbaus sind: der Besitz aller Vorzugsaktien der «Luossavaara-Kiirunavaara»-Gesellschaft, die den berühmten «Eisenberg» in Lappland ausbeutet — ein sehr einträgliches Unternehmen —, die Teilhaberschaft an der schwedischen Schiefer-Ol-Gesellschaft und schließlich der Besitz der «Norrbottn Eisenwerk»-Gesellschaft, die eine Quelle endloser Scherereien und gewaltiger Ausgaben ist. Diese Gesellschaft wurde von der Regierung im Jahre 1939 gegründet, und man hat ausgerechnet, daß es billiger gewesen wäre, wenn seither alle Arbeiter und die gesamte Leitung und Verwaltung als Gäste der Regierung im teuersten Grand-Hotel Stockholms gewohnt hätten, ohne einen Streich zu tun, statt den Versuch zu machen, dieses schwierige und kostspielige Projekt zu verwirklichen.

In den letzten Jahren hat sich die Regierung auch aktiv beteiligt an der Förderung der Nutzbarmachung der fast unerschöpflichen Reserven an Wasserkraft zum Zwecke der Elektrifikation. Obwohl die Regierung Eigentümerin einiger wichtiger hydroelektrischer Kraftwerke ist, beträgt ihr Anteil an der Gesamterzeugung elektrischen Stromes in Schweden nur 36% und derjenige der Provinzial- und Gemeinderegierungen weitere 6%. Die restlichen 58% bleiben somit in den Händen der Privatunternehmer. Schließlich muß auf industriellem Gebiet noch die Tatsache erwähnt werden, daß die Regierung Eigentümerin verschiedener Waffen-, Kleider- und Schuhfabriken ist, die ausschließlich für das Verteidigungsministerium arbeiten; ebenso gehören ihr Reparaturwerkstätten und Schiffbauanlagen, welche für die Staatsbahnen und die königliche Marine arbeiten. Es handelt sich hier meistens um kleinere Anlagen, die nicht mit ähnlichen, in Privatbesitz verbliebenen Industrien verglichen werden können.

Nur etwa 5% der gesamten Industriearbeiterschaft Schwedens sind in staatlichen Betrieben beschäftigt, und selbst hier variiert die Rolle, welche die Regierung als Arbeitgeberin spielt, von Fall zu Fall. Wie man aus der oben angeführten Statistik ableiten kann, geht die Regierung manchmal den Weg der direkten Übernahme der

Eigentumsrechte (wie im Falle der Eisenbahnen), oder auch den der Beteiligung am Aktienkapital bestimmter Gesellschaften.

Zwischen den beiden Kriegen und wiederum in den letzten Jahren hat man der Rolle, welche die Genossenschaftsbewegung im schwedischen Wirtschaftsleben spielt, viel Aufmerksamkeit geschenkt. Diese Organisation ist tatsächlich sehr erfolgreich; man muß aber ausdrücklich betonen, daß ihre wirkliche Machtposition sich im wesentlichen auf den Detailverkauf von Nahrungsmitteln beschränkt. Die Genossenschaften beschäftigen heute ungefähr 20% aller Personen, die über den Ladentisch Nahrungsmittel verkaufen, und sie üben bestimmt den größten Einfluß aus auf die Preisstruktur dieser besonderen Branche. Aber mit Ausnahme der Lebensmittel können die Genossenschaften nur auf ca. 3% des gesamten Kleinhandels Anspruch erheben — die übrigen 97% liegen immer noch in den Händen der Eigentümer von Privatläden und Privatgeschäften. Im Laufe der letzten fünfundsiebzig Jahre haben sich die Genossenschaften auf sehr viele und ganz verschiedene Gebiete der industriellen Produktion vorgewagt — größtenteils durch den Erwerb von Firmen, die früher in privaten Händen waren —, und sie zweigen fortwährend auf neue Tätigkeitsgebiete ab. Trotzdem beträgt ihr Gesamtanteil an der industriellen Produktion nur etwa 5%; dies entspricht ungefähr dem Anteil der Regierung. Deshalb bleiben etwa 91% der schwedischen Industrie im Privateigentum, aber die Einstellung der Regierung gegenüber Industrie und Handel ist grundverschieden von derjenigen der Genossenschaftsbewegung. Die Genossenschaften lehnen jeden Gedanken an eine Monopolstellung ab und verkünden unermüdlich ihren Glauben an die Vorzüge des Systems der freien Konkurrenz. Es wäre ein grober Fehler, die Genossenschaften mit der Regierung oder der Sozialistischen Partei zu identifizieren, obwohl einige ihrer obersten Leiter Ministerämter in der sozialistischen Regierung bekleidet haben. Unter der hervorragenden Leitung von Albin Johansson betätigt sich diese ausgezeichnete und äußerst leistungsfähige Organisation nach streng geschäftlichen Grundsätzen und erinnert deshalb weit eher an einen mächtigen Finanztrust als an irgendeine Dienststelle der Regierung oder eine öffentliche Behörde.

Schließlich sollte auch noch erwähnt werden, daß sich der Staat in den Zwanzigerjahren dieses Jahrhunderts an einigen wenigen kleineren Handelsbanken finanziell beteiligte, um sie vor dem Zusammenbruch während der Krise zu schützen. Auch das gehört eher ins Kapitel der Zufälligkeiten als in jenes der wohlwogenen, sorgfältig geplanten Politik. In den letzten Jahren sind die Bankinteressen der Regierung umorganisiert und umgruppiert worden. Das Ergebnis ist ein mittelgroßes Finanzinstitut, genannt «Sveriges Kredit-

bank», das den gleichen Bestimmungen unterworfen ist, die auch für alle anderen Banken gelten. Diese Bank vertritt ungefähr 6% des Aktienkapitals und der Reserven aller Handelsbanken zusammen; demnach bleiben 94% in privaten Händen.

Aus den oben angeführten Zahlen ist ersichtlich, daß, trotz zwei- und zwanzigjähriger sozialistischer Herrschaft, der weitaus größte Teil der schwedischen Industrie, der Finanz, der Schifffahrt und des Handels fest in privaten Händen geblieben ist. Das ist natürlich nur die eine Seite der Medaille. Es ist die reine Wahrheit, daß die schwedischen Sozialisten keine «Verstaatlicher» waren oder sind. Sie sind klug genug gewesen, die Risiken und die Verantwortung des Handels, der Industrie und der Finanzwirtschaft den Aktionären und den Verwaltungsräten der großen Gesellschaften zu überlassen, von denen einige mit Recht den besten Weltruf genießen. Aber es wäre ganz falsch zu behaupten, daß das private Unternehmertum, dank seiner Eigentumsrechte, auch völlige Unabhängigkeit besitze. Der Staat greift sehr aktiv ins Geschäftsleben der Nation ein, teilweise durch direkte Teilhaberschaft, teilweise durch die Gesetzgebung oder durch verschiedene Arten der Regierungskontrolle und schließlich sogar durch Einschüchterung. So sind zum Beispiel die Banken einer strengen Aufsicht unterworfen, die von einer besonderen Regierungskommission ausgeübt wird, genannt das Königliche Banken- und Börseninspektorat, dessen Geschichte bis ins siebzehnte Jahrhundert zurückgeht. Es gibt ebenfalls ein erstmals im Jahre 1836 in Kraft getretenes Bankgesetz, das aber so oft neugefaßt wurde, daß selbst der gewiegteste Kenner nie mit Sicherheit alle seine komplizierten Einschränkungen erfassen könnte. Auch das Versicherungswesen untersteht ungefähr der gleichen Aufsicht wie das Bankwesen, und die Gesetzgebung, die sich auf die Industrie, den Handel und die Schifffahrt bezieht, erstreckt sich über jede denkbare Tätigkeit auf diesen Gebieten. Einigen dieser alten Gesetze und Verordnungen sind viele neue hinzugefügt worden — diese sollten nur während einer beschränkten Zeit Gültigkeit haben, verschwinden aber nur sehr widerstrebend —, die entweder durch den Krieg oder die Nachkriegskrise notwendig wurden. Durch ein ausgedehntes und sich beständig ausweitendes System der Besteuerung gelingt es dem Staat, einen sehr beachtlichen Teil der Profite der Privatunternehmen in die Staatskasse zu leiten. Da die Sozialausgaben beinahe einen Drittel des Gesamtbudgets der Nation ausmachen, ist es klar, daß der Staat dringend jeden erfaßbaren Betrag braucht. Überdies glauben die Sozialisten fest an die Neuverteilung der Einkommen und sind ebenso überzeugte Antikapitalisten wie ihre Genossen in anderen Ländern. Aber ihre Anstrengungen in dieser Richtung folgen eben nicht dem gleichen Muster.

Der verstorbene Per Albin Hansson, Führer der sozialistischen Partei und Ministerpräsident von 1932 bis zu seinem plötzlichen Tode im Jahre 1946, hatte verkündet, daß es sein Ehrgeiz sei, Schweden in ein «Volksheim» umzuwandeln. Allerdings konnte er nicht ahnen, welche ungeheuren Ausmaße die von seinem Sozialminister Gustaf Möller ausgearbeiteten Pläne innerhalb weniger Jahre annehmen würden.

Im Jahre 1939 beliefen sich die Ausgaben für Wohlfahrt und soziale Sicherheit auf 314 Millionen Kronen, die 12,9% des Gesamtbudgets ausmachten. Im Jahre 1948 erreichte der Betrag die Höhe von 1600 Millionen Kronen, die 36,2% des Budgets ausmachten oder ca. 10% des gesamten Nationaleinkommens. In den vergangenen Jahren zwangen die Erfordernisse für die nationale Verteidigung und finanzielle Schwierigkeiten die Regierung, dieses Verhältnis etwas zu reduzieren; doch sind die absoluten Zahlen natürlich viel höher. Die gewaltige Höhe der sozialen Wohlfahrtslasten und das Mißverhältnis im Vergleich zum Gesamtbudget kann aus den folgenden Zahlen ersehen werden (ausgedrückt in Milliarden Kronen):

Jahr	Gesamtbudget	Soziale Wohlfahrt	Verteidigung
1950	5,4	1,5	1,2
1953	8,2	2,1	2,0
1954	8,5	2,4	2,1

Kein Wunder, daß der Staat dem Volk eine sehr schwere Steuerlast aufbürden muß, um diese gewaltigen Summen aufzubringen. Für die höheren Einkommenskategorien wirken sich die Steuern wie Strafen aus. Einkommen und Vermögen werden in Schweden durch die staatlichen und lokalen Behörden auf Grund einer Vielfalt von Abgaben besteuert. Die Staatssteuern sind progressiv und erreichen ein Maximum von 73%, während die Gemeindesteuern nach einem gleichbleibenden Prozentsatz erhoben werden. Auch gibt es schwere indirekte Steuern, besonders auf Branntweine und Tabak, aber auch auf Bier und alkoholfreie Getränke, kosmetische Artikel, Vergnügungen und eine große Zahl weiterer Dinge. Das Steuersystem unterscheidet zwischen verheirateten und ledigen Bürgern, und zwar zum offensichtlichen Nachteil von Ehepaaren. Das scheint besonders seltsam in einem Lande, in dem die Sozialgesetzgebung den Zweck verfolgt, das Familienleben zu fördern. Es ist aber eine Tatsache, daß einerseits dieses ungleiche Steuersystem und andererseits die Mutterschaftshilfe, die keinen Unterschied zwischen ehelichen und unehelichen Kindern macht, das Volk zu ermutigen scheint, lieber in Sünde zu leben als im heiligen Ehestand.

Eine weitere Eigentümlichkeit des Steuersystems besteht darin, daß in gewissen Kreisen eine deutlich wahrnehmbare Neigung be-

steht — oder wenigstens früher bestand, bevor die Ansätze so hoch waren, wie sie heute sind —, höhere Beträge anzugeben als sie tatsächlich besaßen oder einnahmen. Der Grund hierfür ist die Tatsache, daß die Namen der Steuerzahler und die Einkommens- und Kapitalsteuerbeträge jährlich in einem dicken Band publiziert werden. Die Veröffentlichung dieser höheren Zahlen stärkte das soziale Prestige und die Kreditwürdigkeit dieser Leute. Besonders der letzterwähnte Punkt ist von wesentlicher Bedeutung, da ein erstaunlich großer Teil des Volkes über seine Verhältnisse lebt. Dies hat zur Folge, daß man fortwährend Wechsel auf Jahre hinaus diskontieren lassen muß. Ganz anders als die sparsamen Schweizer genießen die Schweden voll und ganz die Muße und das gute Leben, und sie kaufen sich lieber ein Motorboot auf Kredit, als auf dieses Vergnügen zu verzichten; der gleiche Grundsatz hat auch Gültigkeit für viele andere Annehmlichkeiten des Lebens. Die Schweden lieben gute Kleider, schöne Möbel, eine gepflegte Küche, teure Getränke, anregende Ferienreisen. Geld ist eben zum Ausgeben, nicht zum Sparen da.

Die Grundgedanken des schwedischen sozialen Wohlfahrtsystems sind die folgenden:

1. daß sämtliche Bürger von ihm erfaßt werden sollen,
2. daß es den Kranken, den Alten und den Armen ein genügendes Auskommen sichern soll, wodurch die Armenunterstützung überflüssig wird,
3. daß es auch die vom Versicherten Abhängigen, besonders Frauen und Kinder, erfassen soll,
4. daß die Auszahlungen immer mit den steigenden Lebenskosten Schritt halten sollen, und
5. daß die Auszahlungen auf keinen Fall durch die Höhe der persönlichen Beiträge oder der Steuern bedingt sein sollen, welche der Einzelne bezahlt hat.

Die soziale Wohlfahrt wird von zwei Ministerien behandelt — dem Wohlfahrtsministerium und dem Ministerium des Inneren, welchem alle Gesundheitsfragen unterliegen.

Die Hauptausgaben für die soziale Wohlfahrt fallen unter die folgenden Kategorien: Altersrenten, die jedem schwedischen Bürger gewährt werden, ebenso den Bürgern anderer skandinavischer Staaten, im Alter von 67 Jahren, gleichgültig, ob arm oder reich. Diese Rente besteht aus zwei Teilen. Der Staat zahlt 145 Kronen pro Monat an Unverheiratete und 232 Kronen an Ehepaare. Eine weitere Zahlung erfolgt durch die Lokalbehörde und variiert nach den Umständen. Der Jahresdurchschnitt beträgt 2000 Kronen für Ledige und 3000 für Ehepaare; aber in Stockholm zum Beispiel liegen die Beträge um ca. 50% höher. Etwa 800 000 Personen beziehen

diese Renten, welche insgesamt 1,3 Milliarden kosten. Dann folgt die Krankenversicherung, die teilweise freiwillig ist, aber Staatssubventionen bezieht; man erwartet, daß auch sie im Laufe des nächsten, oder der nächsten zwei Jahre, für jedermann obligatorisch wird. Sowohl die jetzige als auch die geplante Krankenversicherung ist äußerst generös. — In diesem Zusammenhang darf erwähnt werden, daß die Mutterschaftshilfe tatsächlich sehr beträchtlich ist. Sie setzt schon in den ersten Monaten der Schwangerschaft ein, mit kostenloser ärztlicher Betreuung der zukünftigen Mutter, die nur eine Krone im Tag bezahlt, solange sie im Spital liegt — und die meisten Schwedinnen, ob arm oder reich, bringen ihre Kinder in einer solchen Entbindungsanstalt zur Welt.

Die allgemeinen Kinderzulagen sind auch sehr großzügig: eine Zulage von 290 Kronen jährlich, ausbezahlt in vierteljährlichen Raten, geht an jede Mutter für jedes Kind unter sechzehn Jahren. Dazu kommen kostenlos: Zahnpflege, Mittagsverpflegung in der Schule, Bücher, und die ganze übrige für die Schulerziehung notwendige Ausrüstung. Auch Ferienreisen für Mütter und Kinder einmal jährlich und innerhalb des Landes sind fast gratis. Leute, die heiraten wollen, haben einen Anspruch auf Haushaltungsdarlehen bis zu 2000 Kronen; ca. ein Fünftel aller neu verheirateten Paare macht von dieser Vergünstigung Gebrauch. Mit verschiedenen Mitteln fördert die Regierung Pläne für modernen Wohnungsbau und finanziert sie auch zum Teil, gleich wie Projekte zum Zwecke der Tiefhaltung der Mieten und zum Bau geräumiger, moderner Gartenstädte. In dieser Beziehung muß gesagt werden, daß Schweden den Vorteil fast unbegrenzten Raumes hat und viele ausgezeichnete Architekten besitzt. Man schenkt heute auch der öffentlichen Hygiene und der Förderung der Volksgesundheit große Aufmerksamkeit. Auf eine Bevölkerung von sieben Millionen weist Schweden 4500 Ärzte auf. Etwa 500 sind von der Regierung als Provinzärzte angestellt, wobei jeder seinem eigenen Bezirk vorsteht. Dieses System ist über 250 Jahre alt. Ungefähr 1300 von der Regierung angestellte und bezahlte Krankenschwestern sorgen für die allgemeinen Bedürfnisse des Volkes im ganzen Lande. Dazu kommen natürlich noch alle Privatärzte und Schwestern, so daß man selbst in den dünn bevölkerten Gegenden immer einen Arzt oder eine Krankenpflegerin oder eine Hebamme finden kann, abgesehen von den von der Regierung Angestellten.

Die Versicherung gegen Arbeitsunfälle und die Arbeitslosenversicherung sind weitere Säulen des sozialen Wohlfahrtssystems, das sich fortwährend ausweitet und noch viele andere wichtige Gebiete umfaßt, die in diesem Artikel unmöglich näher untersucht werden können. Hauptzweck der schwedischen Wohlfahrtspolitik ist

aber nicht nur das Versicherungssystem, sondern in erster Linie die Vollbeschäftigung. Kein Geldopfer ist dafür zu hoch.

Diese Ziele sind nun alle an und für sich sehr erstrebenswert, ja sogar bewundernswert. Es sind aber nicht nur die Kosten, die man nicht vergessen darf, sondern die allgemeine Wirkung dieser Bestrebungen auf die eigentlichen Grundlagen des schwedischen sozialen und politischen Lebens. 2,4 Milliarden Kronen, die gegenwärtigen Aufwendungen für die sozialen Leistungen, stellen eine gewaltige Summe dar, die zur Hauptsache aus dem Gesamtbudget stammt. Etwa 70% all dieser Aufwendungen werden bar ausbezahlt. Die inflationistische Wirkung dieser Einrichtung liegt klar zutage und erfordert keine näheren Ausführungen. Es steht außerdem eine hohe Beträge umfassende Sonderpension für Arbeiter zur Diskussion. Dies würde den inflatorischen Druck noch erhöhen. Preissteigerungen und eine dadurch verursachte Beeinträchtigung der Konkurrenz wären die Folge.

So lobenswert das geschilderte System an und für sich auch sein mag, wenn es auf eine Weise finanziert wird, die alle Grundsätze einer gesunden Wirtschaftspolitik außer acht läßt und die Durchführung weitgehend von parteipolitischen Überlegungen beherrscht ist, wird es leicht zu einer Gefahr. Auch führen die so weit gehenden Garantien des Staates zu einer Verminderung der Arbeitslust und der Produktivität, die ohnehin schon durch die dauernde Über-Vollbeschäftigung ungünstig beeinflusst sind. — Obwohl es paradox erscheinen mag, ist es eine Tatsache, daß die gewaltige Ausweitung des gegenwärtigen Systems politische Spannungen zur Folge hat und Klassenhaß und wirtschaftliche Schwierigkeiten erzeugt werden, statt ein Gefühl freundschaftlicher Zusammenarbeit. Es sind nicht so sehr die Ziele, über die gestritten wird, sondern vielmehr die Methoden der Durchführung, die Folgeerscheinungen und die philosophische Grundlage des Systems.

Im auffallenden Gegensatz zu Schwedens kluger und realistischer Gewerkschaftsleitung anerkennt die heutige Generation der sozialistischen Politiker selten die Tatsache, daß der Wohlstand der Nation weitgehend dem privaten Unternehmertum zu danken ist. Man darf nicht vergessen, daß Schweden bis zur Jahrhundertwende ein armes und vorwiegend Landwirtschaft treibendes Land war. Die gewaltige Entwicklung und Ausnützung der nationalen Rohstoffe, den Aufbau der weltberühmten technischen Industrien, Transportverbindungen, internationalen Finanz- und Handelsfirmen dankt Schweden der Pionierarbeit seiner Bankiers, seiner Industriellen, Kaufleute und Techniker. Ohne diese erst vor etwa vierzig bis fünfzig Jahren geschaffene Grundlage, ohne die Bereitschaft fähiger und weitsichtiger Männer, Risiken auf sich zu nehmen, und ohne ihre

Bereitschaft, dem Staat auch in seiner heutigen Form zu dienen, ist es mehr als zweifelhaft, ob die schwedischen Sozialisten das System hätten aufbauen können, auf welches sie heute so stolz sind. Doch statt den Führern der Geschäftswelt das ihnen Gebührende zukommen zu lassen, richtet sich die Tätigkeit der Regierung weitgehend gegen sie. Sie unterliegen nicht nur einer zerdrückenden Steuerlast, sondern die Regierung treibt auch eine Finanzpolitik, der kein tüchtiger Geschäftsmann beipflichten kann.

Während sieben Jahren der Hochkonjunktur, als das Geld sowieso allzu reichlich vorhanden war — teilweise dank internationalen Umständen, teils als Ergebnis der eigenen Politik der schwedischen Regierung —, setzten sie ununterbrochen «die Pumpe» in Tätigkeit und schufen damit selber die gefährliche, inflationistische Lücke zwischen dem laufenden Einkommen und den zur Verfügung stehenden Gütern. Heute dagegen, gerade im Zeitpunkt, da sich die ersten Anzeichen einer rückläufigen Bewegung bemerkbar machen, haben sie strenge Kreditbeschränkungen auf private Investitionen eingeführt und damit den berechtigten Geschäftsinteressen eine schwerwiegende Behinderung auferlegt. Gleichzeitig wird im öffentlichen Sektor unvermindert weiter Geld ausgegeben, und es ist eine Tatsache, daß die Ursache für diese Ausgaben auf politischem und nicht auf wirtschaftlichem Gebiet liegt. Das Wohlfahrtsprogramm, billige Wohnungen und Über-Vollbeschäftigung sind die eigentlichen Ursachen der inflationistischen Hochkonjunktur Schwedens und all jener anderen ungesunden Erscheinungen, welche die Regierung zu bekämpfen vorgibt, während ihre Tätigkeit häufig dazu neigt, gerade die gegenteilige Wirkung zu haben. Seit dem Ende der Feindseligkeiten ist Schweden durch eine ganze Reihe finanzieller Schwierigkeiten hindurchgegangen, trotz der fortwährenden Hochkonjunktur, die seine Schwierigkeiten bloß zu verschlimmern scheint, statt sie zu lösen. Es kann natürlich nicht bestritten werden, daß das Jahr 1953 Schweden eine nicht zu bezweifelnde wirtschaftliche Besserung gebracht hat. Das war aber auch in den meisten anderen europäischen Ländern der Fall und hat mit der schwedischen Regierungspolitik wenig zu tun. Die ersten sechs Monate des Jahres 1954 dagegen haben wieder eine auffallende Verschlechterung gebracht, mit allen den bekannten Erscheinungen, wie schwindende Gold- und Dollarreserven, übermäßige Kaufkraft, Preiserhöhungen und so weiter.

In seiner Ansprache vor der Versammlung der Aktionäre der «Svenska Handelsbanken» hat Generaldirektor E. Browaldh den Ansichten der Geschäftswelt Ausdruck verliehen, als er erklärte: «Es sind nicht nur die verschiedenen konkreten Maßnahmen, die bei uns getroffen worden sind, um private Investitionen zu unterbinden, die

uns schwere Sorge bereiten, sondern vielleicht ebensosehr die allgemeine Einstellung in den Regierungskreisen und die psychologische Stimmung, in welcher die Industrie in ihren Bemühungen zur Erweiterung und zum Ausbau in den vergangenen Jahren zu arbeiten gezwungen war. Es wird nachgerade fast als unerlaubte Handlung betrachtet, Investitionen zu machen und Betriebe zu erweitern, und alle möglichen Mittel scheinen gut genug, um diese Tätigkeiten zu unterbinden. Unglücklicherweise ist diese Klimaverschlechterung gerade in dem Zeitpunkt in Erscheinung getreten, in dem es für uns, der hohen Kosten wegen, dringend notwendig geworden war, die Spesen zu beschneiden und unsere Betriebe wenigstens so schnell und so wirksam wie unsere Konkurrenz zu erweitern und auszubauen.»

Eine strenge Kritik der Regierung kam noch aus einer anderen, etwas unerwarteten Quelle. Herr Torsten Nothin, der frühere Statthalter von Stockholm, ist zeit seines Lebens Sozialist gewesen, und er verdankt seine Laufbahn zum großen Teil dem verstorbenen sozialistischen Ministerpräsidenten Per Albin Hansson. Nun hat jedoch diese hervorragende Leuchte auf dem Gebiet der Rechte und der öffentlichen Verwaltung einen heftigen Angriff gegen seine früheren Genossen veröffentlicht, denen er Mißbrauch der Amtsgewalt vorwirft und Mißachtung der verfassungsmäßigen Bräuche. Seine Kritik ist deshalb besonders wirksam, weil er weiß, wo er zuschlagen muß, und jedem, der die schwedische Innenpolitik verfolgt hat, erscheint seine Attacke als nicht unberechtigt.

Kein Wunder, daß das breite Publikum über diese Geschehnisse etwas beunruhigt und verwirrt ist. Es kann nicht begreifen, wie es möglich sein soll, daß eine Hochkonjunktur und eine finanzielle Krise fast während unbegrenzter Zeit Hand in Hand gehen können. Dazu kommt, daß die Steuerzahler zwar bereit sind, die Wohltaten eines allumfassenden sozialen Wohlfahrtssystems anzunehmen und zu genießen, andererseits aber natürlich über die hohen Kosten jammern und auf die dauernd wachsende Bürokratie schimpfen. Schließlich scheint auch die soziale Sicherheit den Mangel an allgemeiner Sicherheit nur noch zu unterstreichen. Das ist eine allgemeine Erscheinung heute, und die meisten Völker spüren ihre politische und militärische Unsicherheit mit ungewohnter Schärfe, während sie auf jedem sozialen und wirtschaftlichen Gebiet eine noch nie dagewesene Staatshilfe genießen. Es gibt bestimmt nichts im schwedischen Sozialismus, dessen Planung häufig fehlerhaft und dessen Verwirklichung ebenso oft mangelhaft war, das die Nation und noch weniger die Außenwelt davon überzeugen könnte, daß das «Volksheim» seine Einwohner besonders glücklich und befriedigt gemacht hat, oder daß es auf einer soliden Basis von Dauerwohlstand festgegründet ist.